

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB ruft zur Stärkung der progressiven Elternvereinigung auf.

Seite 1/2

Björn Engholm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister, warnt davor, durch "Negativwerbung" vor einem Hochschulstudium abzuschrecken.

Seite 3/4

Claus Grobecker MdB stellt eine Modelleinrichtung zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit in Brauel bei Bremen vor.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 143

30. Juli 1979

Progressive Eltern - vereint Euch!

Von Eckart Kuhlwein MdB

Vorsitzender des Bundesverbandes Neue Erziehung e.V.

Wenn organisierte Eltern in der Bundesrepublik ihre Stimme erheben, dann stehen meist die heiligsten Güter der Nation auf dem Spiel: Rahmenrichtlinien tragen Konflikte in die Familien, Schulreformen verunsichern sie, das Familienrecht und das Recht der elterlichen Sorge zerstören die Familie, das Jugendhilferecht läßt den Staat in die Familie hineinregieren. Und unweigerlich wird der Eindruck erweckt, als gäbe es in unserer Republik nur Eltern, die Zucht und Ordnung als Erziehungsziele, Züchtigung und Druck als Erziehungsmethoden und das Recht der Eltern als Abwehrrecht gegen die eigenen Kinder ansehen.

Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß Sozialdemokraten lange Zeit die Eltern- und Familienarbeit gemieden haben. Nicht weil ihr Verhältnis zur Familie gestörter wäre als das anderer, sondern weil die notwendige Emanzipationsdiskussion für Kinder und für Frauen im Vordergrund gestanden hat. Da konnte auch der Parteitagsbeschuß von Hamburg mit seinem ausdrücklichen Bekenntnis zur Familie nicht viel ändern.

Die Konservativen haben die Zeit genutzt. Sie haben Eltern und Familien in vielfältiger Weise organisiert. Über die Kirchen, über Familien- und Elternverbände, in sogenannten Bürgerinitiativen gegen Schulreformen. Und sie haben Erfolg damit. Sie blockieren nicht nur Reformpolitik in Nordrhein-Westfalen und Hessen, überholen die CDU in Schleswig-Holstein noch rechts, formieren sich gegen die Gesamtschule in Hamburg. Sie verkleinern mit ihrer Mobilisierung den Reformspielraum in unserer Gesellschaft überhaupt. Die Kompromisse beim Sor-

gerecht und der Vorfelddruck bei der Jugendhilfe sind beredtes Beispiel dafür.

Wenn der Spielraum für Reformpolitik in den Bereichen Bildung, Jugend und Familie wieder ausgeweitet werden soll, müssen die Sozialdemokraten eine Gegenstrategie entwickeln. Sie müssen diejenigen mobilisieren, die ihre Kinder zu selbständigen Persönlichkeiten erziehen und die Gesellschaft auch im Interesse ihrer Kinder neu gestalten wollen. Daß es viele davon gibt, zeigt die Fülle der Elterninitiativen überall in der Bundesrepublik - Selbsthilfe für Spielgruppen und Kinderläden, Aktionen für eine humane Schule, Selbsthilfe für drogen- oder sektengefährdete Jugendliche, Aktionen für den sicheren Schulweg, gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel, für Abenteuerspielplätze, Wohnstraßen und Kinderfeste. Aber diese Elterngruppen bleiben bundespolitisch weitgehend sprachlos. Ihr Engagement für die Kinder in unserer Gesellschaft wurde bisher - von Ansätzen abgesehen - in Bonn kaum repräsentiert.

Das kann jetzt anders werden: Seit einigen Monaten gibt es in der Bundeshauptstadt den Bundesverband Neue Erziehung (BNE), von Sozialdemokraten gegründet, um die Interessen der Eltern zu vertreten, die an praktischen Verbesserungen für ihre Kinder und an Reformen im Bereich von Schule, Jugendhilfe und Familienpolitik interessiert sind.

Zu den Mitgliedern des BNE zählen der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V., Berlin, der Bundesvorstand der Falken und der Progressive Eltern- und Erzieherverband Nordrhein-Westfalen e.V. Mit dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in Bonn arbeitet der BNE eng zusammen. Als Dachverband auf Bundesebene nimmt der BNE Zusammenschlüsse von Elterngruppen aber auch einzelne Gruppen auf. Und natürlich können auch Einzelpersonen Mitglied werden.

Zu den satzungsmäßigen Zielen des BNE gehören:

- die kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Erziehungsformen und die Verbreitung und Verwirklichung emanzipatorischer Erziehungsvorstellungen,
- der Erfahrungs- und Programmaustausch zwischen den Mitgliedern,
- die Öffentlichkeitsarbeit für fortschrittliche Erziehung,
- die Unterstützung neuer Vereinigungen und die Gründung von Landesverbänden, die auf derselben Wellenlänge liegen.

Da aller Anfang - und wenn es auch ein Wiederanfang ist - nicht ganz leicht ist, wird das Service-Angebot für die Mitglieder schrittweise verbessert. Immerhin gibt es bereits zentrale Tagungen zur Fortbildung von Multiplikatoren in der Eltern- und Familienarbeit (da kann man lernen, wie man eine Initiativgruppe aufzieht), eine vierteljährlich erscheinende Verbandszeitschrift "eltern, kinder und erzieher" (eke) für den Informationsaustausch und für die Öffentlichkeitsarbeit und einen Informationsservice zu aktuellen familienpolitischen Fragen. Und natürlich auf Anfrage Rat und Hilfe bei der Gründung von Elterninitiativen und bei Veranstaltungen.

Wer mehr über den BNE wissen will, der wendet sich an den Bundesverband Neue Erziehung e.V., Weberstr. 33, 53 Bonn, Telefon 02221/534207 - Geschäftsführerin Dr. Monika Knilli. Und natürlich auch an MdB Eckart Kuhlwein, Bundeshaus, 53 Bonn.

(-/30.7.1979/ks/10)



Bei Studienfachwahl sorgfältig die Arbeitsmarktchancen abwägen

Hochschulstudium hat durchaus nicht an Attraktivität verloren

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Nach einigen Jahren der Stagnation war im Jahre 1978 erstmals wieder eine Steigerung der Zahl der Studienanfänger zu verzeichnen. Zusammen mit einem in den letzten Jahren feststellbaren kontinuierlichen Ansteigen der Anteile besonders von Kindern aus sozial schwächeren Schichten unter den Studienanfängern und Studenten kann aus dieser Tatsache der Schluß gezogen werden, daß die Hochschulausbildung für Bewerber mit entsprechenden Neigungen und Fähigkeiten durchaus nicht an Attraktivität verloren hat. Allerdings wird die Entscheidung für die Aufnahme eines Studiums heute wahrscheinlich kritischer als früher geprüft; dies ist aus bildungspolitischer Sicht zu begrüßen.

Insgesamt ist mit dieser neuen Entwicklung ein Trend der vergangenen Jahre gebrochen, der durch zum Teil übertrieben negative Darstellungen der Arbeitsmarktsituation der Hochschulabsolventen und in bezug auf den Numerus clausus in der Öffentlichkeit viele Jugendliche, die vor der Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums standen, verunsichert hatte. Es ist wichtig, noch einmal festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit von Jungakademikern im Vergleich zu den Absolventen anderer Ausbildungsgänge deutlich unterdurchschnittlich war und auch weiterhin bleibt. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß den Absolventen einiger Studiengänge, besonders im Bereich der Erziehungswissenschaften, nicht in jedem Fall sofort ausreichend Stellen zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Numerus clausus-Situation ist die Diskussion in der Öffentlichkeit viel zu sehr auf den starken Bewerberüberhang in einigen wenigen - wenn auch attraktiven - Fächern fixiert. Die von Bund und Ländern erfolgreich durchgeführte Politik der Öffnung der Hochschulen ist offensichtlich bis heute vielen jungen Menschen, ihren Eltern, wie auch den Lehrern in den Schulen noch nicht ausreichend bewußt geworden.

Selbstverständlich besteht kein Anlaß, die Situation auf dem Arbeitsmarkt generell und für Hochschulabsolventen im besonderen etwa rosarot zu malen. Jeder Jugendliche, der eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat, muß für seinen individuellen Fall sorgfältig prüfen, ob und in welchem Fach er ein Studium aufnehmen will. Diese Prüfung muß auch im Hinblick auf die späteren Berufschancen geschehen. Die Zeiten einer "Kariereggarantie", wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren vergleichsweise noch bestanden hat, ist wohl endgültig dahin.

Für die verantwortliche Bildungspolitik kommt es heute mehr denn je darauf an, nicht den Teufel an die Wand zu malen und Verunsicherung und Orientierungslosigkeit zu erzeugen, sondern immer wieder auf nüchterne Prüfung der Situation und der individuellen Chancen zu drängen.

Die Folge einer verfehlten Negativwerbung für das Studium kann nur sein, daß die bereits erreichten Erfolge der Ausweitung des Hochschulsystems und der Steigerung des Anteils der Studienanfänger an den Altersjahrgängen in Frage gestellt würde. Dies würde insbesondere diejenigen Schichten der Bevölkerung treffen, die - von Hause aus



"hochschulferner" - sich leichter von einem Studium abhalten lassen, also die Frauen und die Abiturienten aus den sozial schwächeren Schichten. Die jüngsten Analysen der Studienanfängerzahlen zeigen jedoch, daß bisher dieser Gefahr erfolgreich begegnet worden ist. Insbesondere die Frauen haben die "Eroberung der Hochschulen" mit einer überproportionalen Steigerung der Zahl der Studienanfänger fortgesetzt und stellen heute bereits etwa 40 Prozent aller Studienanfänger. Auch die Zahl der studierenden Arbeiterkinder ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich - wenn auch immer noch zu langsam - gestiegen. In dieser Beziehung ist insbesondere im Schulbereich noch erhebliches zur Verbesserung der Chancen besonders der Arbeiterkinder zu tun.

Im Zusammenhang mit dem 9. Rahmenplan hat kürzlich der Vorsitzende des Wissenschaftsrates die Sorge geäußert, durch sinkende Studienanfängerraten könne eines Tages ein Studienplatzüberangebot an den deutschen Hochschulen entstehen. Selbstverständlich ist es für lange Planungsperspektiven schwierig, die zugrunde zu legenden Prognosen mit der erforderlichen Exaktheit zu treffen; diesen Unsicherheiten muß durch eine entsprechende Flexibilität der Planung der noch zu bauenden Studienplätze, insbesondere bei den Ersatzbauten, und der Nutzung der Hochschulen Rechnung getragen werden. In den kommenden Jahren wird es nur durch den vorgesehenen Ausbau möglich sein, den geburtenstarken Jahrgängen ein ausreichendes Platzangebot zu machen; und auch dies nur unter Inkaufnahme einer erheblichen zusätzlichen Belastung der Hochschulen.

Sorge bereitet daher weniger die Bemessung des Gesamtstudienplatzangebotes als vielmehr die Verteilung der Studienplatznachfrage auf die einzelnen Hochschulen. Einige kleinere Hochschulen, insbesondere einige Neugründungen, tun sich hier schwer, sich gegen die großen Hochschulen in den Ballungsgebieten und anderen traditionellen Hochschulorten mit ihrem Studienplatzangebot durchzusetzen. Wenn auch den neugegründeten Hochschulen eine angemessene Zeit eingeräumt werden muß sich zu konsolidieren und sich im Bewußtsein der Studierwilligen zu etablieren, so hat doch der Planungsausschuß für den Hochschulbau im 9. Rahmenplan eine Reihe von Maßnahmen empfohlen, die geeignet sein können, die Anziehungskraft der neuen Hochschulen zu steigern. Hierzu gehören unter anderem der Ausbau der neuen Hochschulen in attraktiven Fächern und im Bereich der Forschung sowie die Stärkung ihrer Infrastruktur. Die Durchführung dieser Maßnahmen liegt nicht nur im Interesse der neuen Hochschulen, sondern dient auch der Gewährleistung eines regional ausgewogenen Bildungsangebotes und damit nicht zuletzt dem Interesse der zum Teil überfüllten großen Hochschulen.

(-/30.7.1979/ks/lo)

+ + +



Vorbildliches Modell zur Hilfe für Drogensüchtige
-----**Beschränkung auf den Strafvollzug bringt keine Lösung**

Von Claus Grobecker MdB

Stellvertretender Obmann der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß

Der Anteil von jugendlichen, straffällig gewordenen Drogenkonsumenten steigt nach Expertenschätzungen ständig an. Die Straffälligkeit wird sozusagen zu einem Bestandteil der Krankheit, da die Gewöhnung an den Suchtstoff zu einer Erhöhung der täglich notwendigen Suchtstoffdosis führt und somit für den Drogenabhängigen finanzielle Probleme mit sich bringt, die er auf kriminelle Weise zu lösen versucht (illegaler Drogenhandel, Rezeptdiebstähle, Apothekeneintrübe). Etwa ein Drittel aller jungen Gefangenen gehörte bereits vor der Inhaftierung zum Kreis der Drogenkonsumenten.

Trotz des Sicherungsaspektes sind die Einrichtungen des Jugendstrafvollzuges für die Unterbringung jugendlicher Drogenabhängiger nicht geeignet. Eine gemeinsame Unterbringung von straffällig gewordenen Jugendlichen und solchen, die durch ihre Drogenabhängigkeit strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, hat zur Folge, daß einerseits die pädagogischen und sozialtherapeutischen Zielsetzungen des Jugendstrafvollzuges dadurch empfindlich beeinträchtigt werden und andererseits die Drogenabhängigen nicht die ärztlich/psychologische Therapie und Rehabilitation erfahren können, derer sie in besonderem Maße bedürfen.

Obwohl der Gesetzgeber im Jugendgerichtsgesetz (JGG) vorschreibt, daß für die Behandlung suchtkranker Jugendlicher die erforderlichen Mittel und sozialen Hilfen zur Verfügung stehen müssen, ist es bisher noch nicht zur Einrichtung einer dieser Bestimmungen entsprechenden Anstalt gekommen. Dabei besteht die Rechtsverpflichtung bereits seit Ende 1971.

Das Fehlen der im JGG vorgesehenen Institutionen hat zur Folge, daß der Vollzug von Freiheitsstrafen in aller Regel bei den Betroffenen keine Änderung des Suchtverhaltens herbeiführt.

Jugendliche Drogensüchtige müssen behandelt werden. Die Unterbringung in Spezialeinrichtungen entlastet zum einen die Drogenszene insgesamt und verringert die soziale Infektiosität, zum anderen dient sie der Resozialisierung und auch dem Schutz der Öffentlichkeit.

Auf Initiative der Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat sich nun der Bund entschlossen, in Brauel bei Bremen eine solche Einrichtung mit einer Million DM zu fördern, um in einem Modellvorhaben unter anderem Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Einrichtungen personell, sachlich, organisatorisch und therapeutisch ausgestattet sein müssen, damit sie den Zweck des JGG erfüllen, um Empfehlungen an die Länder geben zu können, beziehungsweise entsprechende Änderungen (Anpassungen) des § 93a JGG vornehmen zu können.

Wie sieht die Fünfländer-Modelleinrichtung in Brauel aus?



Vorgesehen ist eine geschlossene Station mit 28 Betten, sowie fünf halboffene Stationen mit zusammen 72 Betten. Obwohl auch in Brauel eine ständige ärztliche Betreuung vorhanden ist, soll der Schwerpunkt der Behandlung im sozial-psychotherapeutischen Bereich liegen und schon in einem frühen Stadium der rehabilitative Aspekt beachtet werden. So soll in den halboffenen Stationen der Anschluß an Einrichtungen außerhalb der Entziehungsanstalt hergestellt werden, um den Übergang in die Freiheit stufenweise zu regeln.

Da die Jugendlichen nach ihrer Entgiftung in den Krankenhäusern der jeweiligen Bundesländer sozusagen zwangsweise nach Brauel eingeliefert werden, soll in Brauel ein besonderes Konzept zur Motivationsweckung und -stärkung entwickelt werden, um vor allem gleich zu Beginn der Unterbringung eine freiwillige Mitarbeit der Jugendlichen zu erreichen. Im Frühstadium der Erkrankung fehlen nämlich häufig Krankheitseinsicht und Heilungswille, im Spätstadium führen zunehmende Persönlichkeitsveränderungen zu einem Nachlassen der aktiven Mitarbeit am Heilungsprozeß.

Folgende personelle Ausstattung ist für den therapeutischen Bereich vorgesehen: zwei Ärzte, drei Diplompsychologen, vier Diplompädagogen, acht Sozialarbeiter, ein Sozialpädagoge, 14 Erzieher, ein Sportlehrer, fünf Beschäftigungstherapeuten. Eine Erweiterung des Stellenplans ist vorgesehen.

Mit der Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die qualifizierte Sperre für die Zuwendung zur Errichtung einer Modelleinrichtung für Drogenkranke in Brauel aufzuheben, ist unterstrichen worden, welche Bedeutung die Förderung solcher Maßnahmen für die Gesetzgebungsaufgaben des Bundes auf dem Gebiet des Jugendstrafrechts hat.

(-/30.7.1979/vo-he/10)

